

Bern, 29.03.2017

Protokoll des Parteitages

Datum, Zeit 29. März 2017, 19.15 bis 22.00 Uhr
Ort, Raum Hotel Kreuz, Bern
Präsenz Stimmberechtigte Personen 143
Absolutes Mehr 72
Protokollführung Zora Schindler



1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag	2
2.1	StimmzählerInnen.....	3
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro	3
2.4	Tagesbüro	3
3	Genehmigungen	4
3.1	Tagesordnung	4
3.2	Geschäftsordnung	4
3.3	Protokoll des Parteitages vom 2.11.2016.....	4
4	Rede Christoph Ammann	4
5	Verabschiedungen und Ersatzwahlen	4
6	Abstimmungsparenen für den 21.05.2017	12
6.1	Verkehrssanierung Aarwangen-Langenthal Nord	12
6.2	Ausrichtung der Asylsozialhilfe.....	16
6.3	Energiestrategie 2050.....	17
7	Positionspapier Asyl	17
8	Resolutionen	19
9	Verschiedenes	20
10	Schluss des Parteitages	20

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Parteipräsidentin Ursula Marti eröffnet den Parteitag.

Liebe Genossinnen und Genossen

Chères et cher camarades

Ich freue mich sehr, den heutigen Parteitag zu eröffnen und begrüsse euch herzlich. Un cordial bienvenue à toutes et tous!

Ein Parteitag dient dazu, Wahlen in Parteigremien vorzunehmen und aktuelle Positionen zu diskutieren und zu beschliessen. Das tun wir heute alle. Ein Parteitag ist auch der Moment, um zu resümieren, wo wir als Partei stehen, wie sich die politische Wetterlage entwickelt und um sich auf kommende Ziele auszurichten.

Heute ist der 29. März 2017 – am 25. März 2018 wählt der Kanton Bern seine Regierung und sein Parlament. Wir stehen also genau 1 Jahr vor den nächsten grossen Wahlen. Und es weht uns ein harter Wind entgegen. Wir sind gut aufgestellt, aber wir werden sehr hart arbeiten müssen und alle Hebel in Bewegung setzen - im ganzen Kanton - um ein gutes Resultat zu erreichen. Ein gutes Resultat bedeutet zuzulegen – an Wähleranteilen und an Sitzen.

Der politische Rechtsrutsch schlägt knallhart durch – weltweit, in Europa, in der Schweiz und auch im Kanton Bern, wo seit der neuen, bürgerlichen Regierungsmehrheit, seit dem Einzug des SVP-Hardliners Schnegg, sozialpolitisch und finanzpolitisch ein sehr kalter Wind weht. Die bürgerliche Regierung will – trotz dem wuchtigen Nein zur USB3 - die Unternehmenssteuern im Kanton Bern deutlich senken – morgen findet dazu eine Medienkonferenz statt. Um das zu finanzieren, plant sie einen massiven Abbau bei den staatlichen Leistungen in der Bildung, im Gesundheitswesen, beim Sozialen, beim ÖV, beim Personal. Sie will für 300 Mio. Leistungen abbauen. Das wird die Menschen im Kanton Bern hart treffen. Wo genau abgebaut werden soll, ist noch nicht bekannt. Erste Hinweise sickern aber durch. So wurde letzte Woche bekannt, dass ein wichtiges Projekt der Palliativ-Pflege, ein wegweisendes, dringend benötigtes Vorhaben, langer Hand vorbereitet, gestoppt wurde. Es ist bezeichnend für die neue Regierungsmehrheit. Eine humane Pflege von alten oder schwerkranken Menschen ist ihnen nicht wichtig – ist vernachlässigbar. Hauptsache, die Steuern werden gesenkt. Was sonst noch alles geopfert werden soll, wissen wir noch nicht. Sicher ist nur: das genannte Projekt ist erst die Spitze des Eisbergs.

In diesem Umfeld bewegen wir uns, liebe Genossinnen und Genossen. Dass wir diesen Abbau nicht akzeptieren und alles, was uns möglich ist, tun, damit die Menschen im Kanton Bern ein würdiges Leben führen können und dass sich der Kanton Bern gesund entwickelt - sozial, ökologisch und offen. Und mit uns, mit der SP, ist zu rechnen! Wir haben erlebt, dass, wenn wir uns für die sozialen Anliegen, die die Leute eben wirklich beschäftigen, einsetzen. Wenn wir aktiv dafür kämpfen, wenn wir unsere Kräfte bündeln, wir in die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung erhalten können. Nicht nur in den rot-grünen Städten, nein, im ganzen Kanton Bern. Vor einem Jahr gewannen wir das Referendum gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen. Dieses Jahr – und das war wirklich ein ganz toller Erfolg, wir zehren immer noch davon – schickten wir die Unternehmenssteuerreform 3 bachab. Im Kanton Bern so wuchtig, wie in keinem andern Kanton. Das ist euch, liebe Genossinnen und Genossen, zu verdanken. Ihr habt Tausende Unterschriften gesammelt und vor der Abstimmung unermüdlich geflyert, gepostet, plakatiert, Mund-zu-Mund-Werbung gemacht und Leserbriefe geschrieben. Der Einsatz hat sich gelohnt: Dieser Erfolg verdient einen grossen Applaus.

Diesen Schwung wollen wir mitnehmen. Wie gesagt, der Countdown für die nächsten Wahlen läuft. Wir wollen zulegen – wir müssen zulegen – nur dann können wir unserer Politik im politischen Alltag durchsetzen. Stehen bleiben ist zu wenig. Wir konnten letztes Jahr zum ersten Mal seit langem wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Das ist ein gutes Zeichen. Unser Ziel muss

nun auch ein Wähler/innen-Zuwachs sein. Die Vorbereitungen für die Wahlen sind längst angelaufen. Die Regionalverbände sind daran, die Listen für die Grossratswahlen zu gestalten – ein Appell an dieser Stelle: wir brauchen überall die stärksten Leute auf den Listen, die Zugpferde. Derzeit wird auch die Dachkampagne der Kantonalpartei entwickelt, auch die Themen gebündelt. Wir schauen dabei über den Tellerrand heraus: In den Kantonen Aargau und Solothurn hat die SP kürzlich tolle Wahlerfolge erreicht. Wir sind in Kontakt mit diesen Kantonalparteien, wir wollen die Erfolgsfaktoren kennen und übernehmen, wo uns dies sinnvoll erscheint. Eines kann ich bereits sagen: Eine wichtige Rolle wird wiederum unsere Basiskampagne spielen – der direkte Kontakt mit unseren Wählerinnen und Wählern über das Telefonieren. Das hat sich gerade kürzlich wieder im Kanton Solothurn sehr bewährt.

Noch ein Wort zu den Regierungsratswahlen. Auch diese Vorbereitungen laufen gut, wir sind in Zeitplan und ihr werdet schon bald mehr davon hören. An unserem nächsten Parteitag, am 26. August werdet ihr über die Bündnisfrage, die Listengestaltung und natürlich über die Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden können.

Heute aber stehen ganz andere Fragen im Zentrum. Ich wünsche euch einen spannenden Parteitag.

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 StimmenzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	StimmenzählerIn	Ersatz
Tischreihe 1 und Bühne	André Sopranetti	Hanspeter Berger
Tischreihe 2	Simon Zurbrügg	Beat Haldimann
Tischreihe 3	Kurt Schwab	Margreth Schär
Tischreihe 4	Pia Wüthrich	Jürg Joss

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Stefan Neuenschwander, Regina Fuhrer (GPK) und Rosa Treu (Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus den StimmenzählerInnen sowie David Stampfli als Präsident.

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus Ursula Marti, Roberto Bernasconi, Ursula Zybach, Elisabeth Striffeler und den StimmenzählerInnen.

Für Wortmeldungen muss wie immer vor dem entsprechenden Traktandum ein Formular ausgefüllt und bei Ursula Zybach abgegeben werden.

Der Parteitag wählt Mandatsprüfungskommission, Wahlbüro und Tagesbüro einstimmig.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 2.11.2016

Das Protokoll wird genehmigt.

Der Parteitag genehmigt Tagesordnung, Geschäftsordnung und Protokoll des letzten Parteitages einstimmig.

4 REDE CHRISTOPH AMMANN

Liebe Genossinnen und Genossen

Chères et chers camarades

Ich erinnere mich noch, wie es gestern gewesen wäre: an den Parteitag vor einem Jahr im März 2016, als ich mich gefreut habe über meine Wahl in die Berner Regierung, als wir mit Zuversicht auf den zweiten Wahlgang geschaut haben, wo ich mit Sorge auf die finanzpolitische Grosswetterlage in diesem Kanton hingewiesen habe.

Nun, ein Jahr später hat sich die Zuversicht erneuert, auch wieder mit Blick auf die Wahlen, die Gesamterneuerungswahlen 2018, die Zuversicht, dass Links-Grün zulegen kann, zulegen muss. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf allen Ebenen bereits heute auf Hochtouren.

Die Sorge ist geblieben: Die Regierung arbeitet bekanntlich in neuen Mehrheitsverhältnissen unter dem Druck des Parlaments an einer Abbauvorlage, und es braucht den Gegendruck unserer Partei, es braucht den Gegendruck aller Kräfte, die in diesem Kanton Leistungen nicht zu Lasten der Schwächeren abbauen wollen, den Gegendruck aller Kräfte, die einen attraktiven Kanton Bern für alle wollen: Für die Menschen, die hier arbeiten, für die Wirtschaft als Wirtschaftsstandort, aber auch für die Menschen, die hier leben: Einen attraktiven Kanton Bern mit einem angemessenen Bildungs- und Betreuungsangebot, mit angemessenen ÖV-Angeboten, mit den nötigen gesundheits- und fürsorglichen Angeboten.

Zuversicht und Sorge auch heute, ein Jahr später, aber auch Freude, Freude, wenn ich auf neun Monate Tätigkeit als Volkswirtschaftsdirektor zurück blicke. Freude habe ich an meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, alle hoch motiviert und engagiert. Freude habe ich aber auch an meinen Projekten und Aufgaben. Ich greife vier Punkte kurz auf, die ich auch an meiner 100-Tage-Medienkonferenz als Schwerpunkte bezeichnet habe:

1. Ich will den Medizinalstandort Bern stärken:

- z. B. mit dem Nationalen Zentrum für translationale Medizin sitem Insel AG: Hier geht es darum, dass auf dem Campus des Inselspitals ein Zentrum für Bildung und angewandte Forschung entsteht. Die zentrale Aufgabe des Zentrums ist es, das Überführen von Forschungsergebnissen in die klinische Praxis und die industrielle Produktion zu erleichtern und zu beschleunigen. Zu diesem Zweck bietet sitem-insel Beratung und Unterstützung bei der Produktzulassung sowie eine Schule zur Ausbildung von Spezialisten für die

Umsetzung von Forschungsergebnissen in die Praxis an. Die breitgefächerte wissenschaftlich-technische Infrastruktur von sitem-insel wird gemeinsam von der Wissenschaft und der Wirtschaft genutzt werden können.

Bund und Kanton haben 50 Mio. bereitgestellt, der Bau läuft, die Schule hat bereits ihren Betrieb aufgenommen. Zurzeit laufen erfolgversprechende Verhandlungen mit einem potenziellen neuen Aktionär und mit einer Stiftung.

- Das Medizinalstandort Bern stärkt mit der Task Force Medizin. Hier geht es darum Kooperationen und Partnerschaften abzuklären und aufzubauen. Z.B. mit der ETH, aber auch mit internationalen Forschungsinstitutionen. Auch hier gibt es erfolgversprechende Verhandlungen.

2. Ich will Akzente setzen in der Innovationspolitik:

- Sitem (bereits erwähnt)
- Switzerland Innovation Park Biel. Auch zu diesem Projekt gibt es gute Nachrichten: Betrieb im Provisorium läuft gut, der Projektwettbewerb ist abgeschlossen. Das neue Gebäude in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof Biel sollte 2019 bezugsbereit sein. Die Finanzierung ist gesichert und wird wie bei sitem zu einem grössten Teil Mitteln aus der Wirtschaft sichergestellt.
- EMPA Thun als drittes Projekt. Additive Materialfertigung als Thema, 3D-Druck und damit Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit SIP Biel.

Raum für Start ups, Sicherung von hochqualifizierten Forschungsarbeitsplätzen. Grosses Interesse, auch aus China. Gemeinsame Projekte mit einem chinesischen Unternehmen, das auf Lasertechnik spezialisiert ist, werden vorangetrieben.

Stadt Thun, ETH und Kanton unterstützen das Projekt, das die Volkswirtschaftsdirektion in genau neun Monaten vorbereitet hat. Der Grosse Rat hat die Kreditvorlage der Regierung gestern einstimmig genehmigt.

3. Ich habe in den letzten Monaten auch vier Projekte lanciert für eine gesunde Landwirtschaft, für eine intakte Umwelt:

- Berner Pflanzenschutzprojekt, mit grossem Erfolg: Über 2'600 Betriebe haben sich im Januar angemeldet. Der grosse Renner ist die Massnahme, die einen Totalverzicht von Pestizideinsatz vorsieht.
- Bio-Offensive 2020: Hier lautet das ehrgeizige Ziel innerhalb von vier Jahren 200 Betriebe zur Bio-Produktion zu bewegen. Die Nachfrage nach Bio-Produkten aus der Schweiz wäre nämlich da. Auch hier sind die ersten Zahlen viel versprechend.
- Cleantech in der Landwirtschaft: Da besteht sowohl hinsichtlich der Energie- und Klimateffizienz als auch beim Ausbau erneuerbarer Energien noch Potenzial. Eine Verbesserung der Energieeffizienz und damit eine Senkung der Produktionskosten sind für die Landwirtschaft auch aus wirtschaftlicher Sicht relevant, insbesondere für intensive Tierhaltungs- und Spezialkulturbetriebe. Pilotprojekt für zwei Jahre.
- Waldreservate: Die natürliche Entwicklung des Waldes soll mit Waldreservaten gefördert werden. Zusammen mit dem Bund und den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern möchte der Kanton Bern zusätzliche Flächen schaffen.

4. Der letzte Schwerpunkt, den ich erwähne, liegt beim Arbeitsmarkt, dem übrigens wichtigsten Markt einer Volkswirtschaft. Wir haben hier klare Stärken, zu denen wir Sorge tragen müssen:

- Sorge tragen zu unserer vorbildlichen Sozialpartnerschaft, die auch in wirtschaftlich schwierigen Situationen wie in den vergangenen Jahren hervorragend funktioniert hat.

- Sorge tragen zu unserem leistungsfähigen dualen Bildungssystem, das zu einer hohen Integrationsfähigkeit der Abgängerinnen und Abgänger in den Arbeitsmarkt führt.
- Und Sorge tragen auf nationaler Ebene zur Offenheit der Märkte und auch des Arbeitsmarktes.
- Und wir müssen uns bemühen bei der Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen.

Soviel zu den vielen Projekten, die Freude machen, weil sie erfolgreich unterwegs sind, weil sie zu einem attraktiven Kanton Bern als Wirtschafts- und Lebensraum beitragen. Soviel mein Kurzfazit zwei Tage, nachdem mich eine renommierte Berner Tageszeitung als unscheinbaren Langsamstarter bezeichnet hat. Ich nehme das als Kompliment: Man traut mir offenbar noch mehr zu.

Et enfin ce qui me semble le plus important: après à peu près de neuf mois à la Direction de l'économie publique, j'ai vraiment plongé dans la grande diversité des thèmes et je me sens comme un poisson dans l'eau. C'est un grand plaisir pour moi d'être le directeur de l'économie publique - pour ce canton, pour le Parti Socialiste, pour vous tous! J'ai également pu constater dès le premier moment que la Direction est bien établie. Et j'ai toujours trouvé le soutien nécessaire, soit par Andreas Rickenbacher dans la préparation, soit par mes collaborateurs et collaboratrices, soit par le Parti socialiste.

Je profite de cette occasion pour vous remercier tous et toutes pour le précieux soutien au cours de ces neuf mois! Ich danke allen für die tolle Unterstützung in den letzten neun Monaten. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

5 VERABSCHIEDUNGEN UND ERSATZWAHLEN

Ursula Mart erklärt das Vorgehen: Zuerst werden alle Verabschiedungen durchgeführt, danach hintereinander die Wahlen für die frei werdenden Sitze.

5.1 Verabschiedungen

Vizepräsidentin

Roberto Bernasconi würdigt **Ursula Zybach**:

Analyste hors pair, bienveillante, compétente, dévouée, efficace, formidable, gentille, heureuse, intelligente, joviale, K « hani nüt gfunde », lucide, motivée, nature, ouverte, positive, qualifiée, responsable, socialiste, terrible, unique, volontaire, w, x et y trop difficile et pour finir z comme Zybach....

Vous l'aurez compris, il s'agit là de qualificatifs non exhaustifs, évidemment pour notre vice-présidente démissionnaire Ursula. En français, on dirait qu'elle est une bête politique. Elle vient ce soir d'abandonner son habit de Vice-présidente du PSBE, mais elle va d'ici deux mois endosser celui haut combien important de première dame du Canton. Puisqu'elle va dès le 1er juin prochain devenir la nouvelle Présidente du Parlement bernois. Parfois on considère cette fonction comme fin de carrière, mais cela peut aussi être un tremplin comme cela été le cas pour Barbara et je suis sûr que pour Ursula cela va aussi être le cas.

Une chose est certaine, Ursula tu vas nous manquer autour de la table du Parteilitung et de la Geschäftsleitung, pour tes analyses toujours très pertinentes et aussi pour tes formidables conclusions de nos congrès. Chère Ursula, merci pour tes engagements au sein du PS et que cela dure encore longtemps.... Bon vent pour la suite de ton parcours politique.

Ursula Zybach erhält ein Geschenk, der Parteitag applaudiert ihr.

Ursula Zybach ist ob der Verabschiedung und des Applauses ganz verlegen. Vor sechseinhalb Jahren stand sie das letzte Mal hier, damals wurde sie gewählt – ebenfalls im Hotel Kreuz. Damals war sie froh, dass sie nicht markige Worte finden musste. Sie dankt nämlich viel lieber: Roberto für seine Worte, der PL und der GL für die geleistete Arbeit und vor allem dem Sekretariatsteam, mit dem sie sehr gerne zusammengearbeitet hat – es ist ein tolles Team.

Im Sommer 2010, Ursula wollte grad schwimmen gehen, wurde sie per Telefon angefragt, ob sie das Vizepräsidium übernehmen wolle. Zuerst dachte sie, man habe sich verwehlt. Sie dachte auch an ihre 100%-Stelle, an das Team, das viel Zeit beanspruchte und auch an ihr Engagement in der GL und – sagte zu! Die Aufgabe war ihr wichtig, und sie hatte Lust auf strategisches Denken und Hintergrundarbeit. Trotz der vielen Arbeitsstunden kennt einen niemand, aber das ist egal. Was zählt ist die Arbeit, die geleistet wurde. Und diese Wahl hat sie nie bereut.

Ein besonderes Highlight war die Wahl Simonetta Sommarugas in den Bundesrat. An der Wahlfeier wollte sie eigentlich noch ein bisschen arbeiten. Knall auf Fall musste sie aber dem französischsprachigen Fernsehen Auskunft geben und fragte sich, was Bundesrat auf Französisch heisst.

Als Vizepräsidentin hat sie viele Regionen besucht – insbesondere diejenigen mit Problemen kennen sie etwas besser. Jetzt gibt sie das Vizepräsidium ab und wird neu Grossratspräsidentin. Auch in diesem Amt besucht sie gerne alle Regionen. Ursula dankt noch einmal allen, sie hat die Zeit genossen, es war anregend, anstrengend, einfach gut.

Fraktionspräsident

Ursula Marti verabschiedet **Michael Aebersold**:

Ich habe die Ehre, ein paar Worte zu Michael zu sagen:

Michael Aebersolds erste Sitzung als Parteileitungsmitglied war am 3. Juli 2012 – seine letzte am 13. Dezember 2016. Er war also 4 ½ Jahre im Amt. Schon bevor Michael Grossrat wurde, war er jahrelang im Berner Stadtrat, in der Stadtpartei und in seiner Sektion sehr aktiv. Nun hat es ihn wieder in die Stadtpolitik gezogen – er ist seit Januar 2017 Gemeinderat der Stadt Bern – und aus dem Grossen Rat zurückgetreten.

Michael Aebersold ist durch und durch Politiker, einer mit viel Herzblut. Thematisch breit aufgestellt. Als Kantonspolitiker haben ihn insbesondere Energiefragen, 2000 Watt-Gesellschaft, Wohnungsbau, Datenschutz, Finanzen und in der letzten Phase vor allem die Spitalversorgung umgetrieben. Bei der Kampagne zur Spitalstandortinitiative war er unser Wortführer. Dabei ist ihm beispielsweise das Kunststück gelungen, im Emmental an einer SVP-Versammlung - gegen einen namhaften einheimischen Grossrat – die Versammlung auf einen NEIN-Kurs zu bringen. Das war seiner sachlichen Art und seinem fundierten Wissen und seiner positiven Art im Umgang mit Menschen zu verdanken. Von seiner Überzeugungskraft konnten wir uns auch am letzten Parteitag im November überzeugen. Michael duellierte sich mit Rudolf Joder. Die Volksabstimmung fiel zu unseren Gunsten aus.

Michael ist ein „Chrampfer“. Er hatte parallel zu seinem Amt als Fraktionspräsident und in der Parteileitung gleichzeitig eine anspruchsvolle berufliche Position. Organisationstalent und speditives Arbeiten sind denn auch Markenzeichen von Michael. Er konnte durchaus auch mal etwas ungeduldig werden an einer Sitzung. Michael hat sich auch immer für ein gutes Einvernehmen in den jeweiligen Gremien eingesetzt und das Zwischenmenschliche war ihm wichtig. Wenn in der Parteileitung eine schwierige strategische Frage anstand, lud er uns zu sich nach Hause ein, wo es sich in Ruhe diskutieren liess. Danach gabs Spaghetti. In jeder Session überraschte er die Fraktion mit dem Verteilen von Rosen für spezielle Verdienste. Dieses Ritual war sehr beliebt und hat den Zusammenhalt in der Fraktion gefördert.

Michael, wir danken dir herzlich für deine wertvolle Mitarbeit in der Parteileitung. Auf dich war immer Verlass, deine grosse Erfahrung war sehr nützlich und wird uns fehlen. Für deine neue Aufgabe wünschen wir dir viel Freude und Erfolg.

Michael erhält ein Geschenk, der Parteitag applaudiert ihm.

Michael Aebersold ist auch gerne gekommen, auch wenn seine Ausgangslage anders war, als diejenige von Christoph: er kann genossenschaftlichen Wohnbau forcieren, Asylsuchende sind mehr als Willkommen. Heute war er bei einer Zwischennutzung, bei der Räume für Geflüchtete geschaffen werden sollen. Er kommt auch gerne in die anderen Regionen, wenn die wissen wollen, wie es in Bern so läuft.

Michael dankt der Partei: Alles hängt von Menschen ab, sie sind das wichtigste. Er kommt heute in den Saal und trifft so viele Leute, die er schätzt: aus der Sektion, der Stadt, dem gesamten Kanton: Die Menschen machen uns aus und stark. Weil es so viele sind, nennt er hier nur ein paar wenige namentlich: Roland Näf, der ehemalige Parteipräsident und Ursula Marti, die gegenwärtige Präsidentin: es ist unglaublich, was sie alles leisten! Die Fraktion: Alle, die keine Rose erhalten haben, können ihm eine Mail schicken, er gibt ihnen noch eine. Besonders dankt er Adrian Wüthrich, der sein Vize war und Elisabeth Striffeler, die nun das Amt der Fraktionspräsidentin übernommen hat. In den Regionen: Am besten hat es ihm immer im Emmental gefallen, dort gab es immer Pizza und Weisswurst.

Michael dankt noch einmal für die Verabschiedung und die lieben Worte.

Rücktritte GL:

Ursula Zybach verabschiedet die drei zurücktretenden GL-Mitglieder: Zusammen waren sie 16 Jahre im Gremium, das macht einen Durchschnitt von etwa 5 Jahren, insgesamt also 55 Sitzungen die zusammen etwa 330 Stunden dauerten. Mit der Sitzungsvorbereitung sind es also etwa 660 Stunden Arbeit, an die wir zurückdenken. Dazu kommen noch drei Parteitage im Jahr: Alles in allem hat also jedes der drei GL-Mitglieder durchschnittlich etwa 3-4 Monate Freiwilligenarbeit für die SPBE geleistet. Aber die drei sind nicht einfach Durchschnitt:

Samantha Dunning wurde am 5. November 2014 gewählt. Sie hat in den Sitzungen immer französisch gesprochen. Das ist auch wichtig, damit wir die frankophonen Minderheiten nicht vergessen. Vielen Dank für die geleistete Arbeit!

Christiane Aeschmann wurde am Parteitag vom 15. Juni 2013 gewählt. Sie ist Juristin und Vize-Staatsschreiberin. Ihre überlegten ausgewogenen und manchmal auch hartnäckigen Voten haben die SP Kanton Bern weitergebracht. Zudem konnte man ihr auch immer Mails schreiben und fragen, was in einer bestimmten Situation möglich ist und was nicht. Sie hatte immer ein offenes Ohr und gute Antworten. Zudem hat sie immer an die Anliegen der Frauen gedacht, schliesslich ist und war sie Mitglied im Vorstand der SP Frauen Kanton Bern. Vielen Dank für die wunderbare Zusammenarbeit!

Kaspar Boss wurde am Parteitag vom 7. Juni 2007 gewählt! Er hat vorhin genannten Durchschnitt massiv nach oben gedrückt. In seiner Amtszeit hat er zwei Parteipräsidentinnen und einen Parteipräsidenten sowie unzählige Vize erlebt. Vor Sitzungen hat man ihn oft draussen getroffen, wo er eine Zigarette rauchte und über alles plauderte, die ganze Welt oder auch das Reisen. An den Sitzungen selbst war er nicht so gesprächig – ein typischer Oberländer eben. Wenn er allerdings etwas sagte, dann hat man gut zugehört, weil klar war, dass jetzt etwas inhaltlich sehr Wertvolles kommt.

Alle drei Zurücktretenden erhalten ein Geschenk und Applaus.

Rücktritte Geschäftsprüfungskommission:

Stefan Neuenschwander, Präsident der GPK, verabschiedet **Verena Kauert und Samuel Bhend**.

Verena und Samuel waren beide rund 10 Jahre in der GPK tätig. Stefan kann sich noch gut an den Parteitag 2010 erinnern, als er mit den beiden in die GPK gewählt wurde. Er empfand es als grosse Ehre, mit diesen beiden Politschwergewichten arbeiten zu dürfen. Verena als Vizepräsidentin der SP Frauen Kanton Bern, Gemeinderätin in Spiez, Fraktionspräsidentin im Grossen Rat. Und Samuel als ehemaliger Parteipräsident, Gemeinderat aus Urtenen-Schönbühl, Grossrat und alt-Regierungsrat. Stefan war in den Jahren der Zusammenarbeit immer froh und dankbar, dass er auf das Wissen der beiden zurückgreifen konnte.

In der GPK sind die stillen Schaffer, manchmal sieht man sie am Parteitag, wenn sie den Revisionsbericht verlesen. Ansonsten sind sie eher ruhig und arbeiten unter sich. Trotzdem sind sie nicht untätig: sie erledigen viele juristische Abklärungen, helfen bei Statutenrevisionen von Sektionen und der Kantonalpartei, revidieren die Jahresrechnung und stehen im Austausch mit der PL. Sie lesen im Jahr etliche PL- und GL-Protokolle und machen die Mandatskontrolle am Parteitag. Stefan dankt Verena und Samuel ganz herzlich für die geleistete Arbeit zugunsten der Partei. Sie haben die Messlatte hoch gelegt und ihre Nachfolger werden es schwer haben – auch wenn sicher jemand Kompetentes gewählt wird. Stefan wünscht den beiden Zurücktretenden alles Gute und Wohlergehen – häbet Sorg u merci viu Mau!

Verena und Samuel erhalten von der GL ein Geschenk und vom Parteitag Applaus.

Ursula Marti dankt Verena und Samuel für die geleistete Arbeit und Stefan für die Verabschiedung.

5.2 Ersatzwahlen

Ersatzwahlen Vizepräsidium:

Für das Amt der Vizepräsidentin ist eine Bewerbung von Grossrätin Margrit Junker Burkhard aus Lyss eingegangen. Margrit hat gerade eine Sitzung, weswegen sie erst um halb Neun da sein kann. Dann wird sie sich selbst zu Wort melden. Vorläufig übernimmt es aber Ursula Marti, sie vorzustellen: Margrit ist Grossrätin und Gemeinderätin in Lyss, wo sie dem Amt für Soziales und Jugend vorsteht. In diesen Ämtern hat sie viel Erfahrung gesammelt, die Details dazu finden sich im Lebenslauf, der den Unterlagen beiliegt. Sie hat unter anderem in vielen Kommission und anderen Gremien Einsitz, einige hat sie auch präsiert. Im Grossen Rat ist sie Mitglied in der Justizkommission. Dieser reiche Erfahrungsschatz ist eine ausgezeichnete Voraussetzung für ds Vizepräsidium. Da sie als Gemeinderätin per Ende 2017 wegen Amtszeitbeschränkung zurücktreten wird, steht ihr ab dann auch mehr Zeit zur Verfügung, die sie nun gerne für die Partei einsetzen will.

Privat ist Margrit verheiratet und Mutter zweier Söhne.

Antrag GL: Die GL empfiehlt dem Parteitag Margrits Wahl und ist sehr erfreut über ihre Kandidatur.

Wahl: Der Parteitag wählt Margrit Junker Burkhard einstimmig und mit Applaus zur Vizepräsidentin.

Ersatzwahlen Geschäftsleitung:

In der GL werden drei Sitze frei, Einer ist per Statuten für eine juristische Fachperson vorgesehen, die anderen sind freie Sitze.

Als juristische Fachperson hat sich **Cipriano Alvarez** von der SP Bern Länggasse-Felsenau beworben. Er stellt sich dem Parteitag vor. Seine Bewerbungsunterlagen befinden sich in den Unterlagen zum Parteitag.

Cipriano wurde angefragt, ob er für den Sitz kandidieren möchte. Nachdem er sich den Entscheid gründlich überlegt hatte, sagte er zu. Er ist Fürsprecher und Mediator mit Fokus auf Wohnungspolitik und die berufliche Vorsorge. Er interessiert sich auch für die kantonale Politik, insbesondere auch für den Berner Jura. Darum würde er das Amt in der GL sehr gerne übernehmen. Ciprianos politische Tätigkeiten umfassen das Vizepräsidium der SP Bern Länggasse-Felsenau, Mitgliedschaft in der Betriebskommission für Wohnbau und Bodenpolitik sowie zehnjährige Mitarbeit in der Schulkommission Länggasse-Felsenau und das Präsidium aller Schulkommission. Auch Bildung ist also für ihn ein thematischer Schwerpunkt.

Insgesamt ist er sehr motiviert für die Arbeit in der GL und würde sich sehr über eine Wahl freuen.

Antrag GL: Die GL empfiehlt dem Parteitag Ciprianos Wahl.

Wahl: Der Parteitag wählt Cipriano Alvarez einstimmig und mit Applaus als juristische Fachperson in die GL.

Nun kommt es zur Ersatzwahl für die beiden freien Sitze. Dafür stehen drei Kandidaten zur Wahl, jeder von ihnen stellt sich kurz vor.

Cédric Némitz ist Gemeinderat in Biel und dort zuständig für Kultur und Sport. Diese Themen sind sehr wichtig für die Linke und die SP. Er ist auch verantwortlich für die Alterspolitik, auch das ein Thema, das in den nächsten Jahren wichtig werden wird. Er möchte nun nicht alle Kommissionen aufzählen, in denen er mitarbeitet oder mitgearbeitet hat – es sind einfach zu viele. Seine erste Kampagne hat er 1994 in Moutier durchgeführt und fast gewonnen. Aufgewachsen ist er in einer Arbeiterfamilie mit der „sensibilité de travailleur“ und entsprechend dahingehend geprägt. Nun lebt und arbeitet Cédric in Biel, einer zweisprachigen Stadt. In der Arbeit fördert, schätzt und stärkt er deshalb auch die Zweisprachigkeit in der Partei und im ganzen Kanton. Wichtig ist für Cédric auch deshalb, das auch die französischsprachigen SP-Mitglieder in der GL vertreten sind.

Stefan von Känel aus Unterseen ist im Vorstand der SP Bödeli, einem Zusammenschluss aller Sektionen zwischen Thuner- und Brienersee. Dort ist die gegenseitige Unterstützung der Hauptfokus. Auch im Vorstand des Regionalverbands Berner Oberland ist die Unterstützung aller Sektionen in der Region sein Hauptanliegen. Vor wenigen Jahren gab es in der Region einen Neustart: Die SP gewann mit Stefan Küenzi die Wahlen in das Regierungsstatthalteramt und stellt mit Christoph Ammann sogar ein Regierungsmitglied. Diese Leistung war aber nur dank des direkten Drahtes nach Bern möglich. Darum ist es wichtig, dass diese Verbindung bestehen bleibt. Stefan ist die offizielle Vertretung des Regionalverbands und bittet die Anwesenden, dies zu unterstützen. Als er gesehen hat, wer sonst noch in der GL mitarbeitet, dachte er, dass er gar nicht kandidieren müsse, chancenlos sei. Aber Stefan arbeitet seit Jahren im regionalen Vorstand, er hat viele Kampagnen durchgeführt. Und er ist der Meinung, dass diejenigen, die „den Karren reissen“ auch in der GL vertreten sein sollen. Für alle statt für wenige – auch in der GL.

Erst Altwegg ist Präsident der SP Uetendorf. Er ist 52 Jahre alt, in Spiez aufgewachsen: Stefan hat eine Tochter und einen Sohn, ist gelernter Drucker, hat die Technikerschule gemacht und arbeitet in Bern. Ernsts politische Aufgaben sind in den Unterlagen aufgeführt. Vergessen hat er dort noch aufzuführen, dass er im WAS des Regionalverbands Thun bei den Grossratswahlen mitarbeitet. Nun würde er sich sehr freuen, nicht nur regionale und Gemeindepolitik zu machen, sondern sich auch kantonal einbringen zu können. Ernst ist dankbar für jede Stimme.

Es gibt zwei Wortmeldungen:

Samantha Dunning vom Parti Socialiste Romand betont die Wichtigkeit der Stimmen für Cédric als Frankophonen. Im Grossen Rat wurde sie bei ihrem Antrag für Bilinguismus in der Pflege von unseren Fraktionsmitgliedern unterstützt. Nun ist sie sicher, dass sie heute auch vom Parteitag unterstützt wird. Es ist grundsätzlich wichtig, dass die Frankophonen in der GL vertreten sind. Aber Cédric ist nicht nur Frankophoner sondern auch sehr kompetent und kennt seine Dossiers sehr gut. Zudem arbeitet er konstruktiv, was in der GL wichtig ist. Samantha empfiehlt dem Parteitag die Wahl Cédrics in die GL.

Hanspeter Berger, der Co-Präsident des Regionalverbands Berner Oberland, empfiehlt Stefan von Känel zur Wahl in die GL. Ursula Zybach und Kaspar Boss verlassen beide das Gremium, damit wäre das Oberland nun nicht mehr in der GL vertreten. Hanspeter erachtet es im Sinne der kantonalen Vernetzung als sehr wichtig, dass ein Mitglied des regionalen Vorstandes in der GL ist. Stefan hat sehr viele Qualitäten. Diese schlagen sich nicht in der Kumulation von Ämtern nieder, sondern in der Parteiarbeit. Dies ist sehr wichtig. Die Partei würde von einer Wahl Stefan von Känel in die GL profitieren.

Antrag GL:

- Die GL beantragt dem Parteitag die Wahl von Cédric Némitz, damit die frankophone Minderheit in der GL vertreten bleibt.
- Für den zweiten Sitz macht die GL keine Empfehlung, sie hält beide Kandidaten für sehr valabel.

Die Wahlzettel werden verteilt, jeder enthält zwei Zeilen. Das Kumulieren ist nicht erlaubt.

Wahlresultat GL (nach Traktanden 6.1 und 6.2 bekanntgegeben):

Ausgeteilte Wahlzettel:	148
Eingegangene Wahlzettel:	146 (=292 Stimmen)
Leer:	13
Ungültig:	8
Gültig:	125
Absolutes Mehr:	63
Cédric Némitz	135 Stimmen
Stefan von Känel	74 Stimmen
Ernst Altwegg:	62 Stimmen

Gewählt sind: Cédric Némitz und Stefan von Känel

Ursula Marti dankt allen Kandidierenden, der Parteitag applaudiert ihnen.

Ersatzwahlen Geschäftsprüfungskommission:

Angelika Neuhaus, Bern

Angelika findet es schön, da zu stehen und zu kandidieren. Sie ist seit 33 Jahren in der SP, 15 davon durfte sie Parteisekretärin sein. Damit stand sie auf der so genannt professionellen Seite. Aber auch die Basis ist sehr wichtig. Heute in diesen eigenartigen Zeiten von alternativen Fakten und Machtgier ist es höchste Zeit, dass wir alle hinstehen und hinschauen. Eine Pensionierung ist kein Grund, nicht mehr hinzustehen. Darum kandidiert Angelika gerne für die GPK.

Matthias Burkhalter, Rümligen

Aufgrund von Stefan Neuenschwanders beruflichem Hintergrund wäre Matthias in der GPK nicht nötig. Er wurde nicht in den Nationalrat gewählt, wurde nicht zum Regierungsstatthalter und hat die

Wahl zum Grossratspräsidenten um eine Stimme verpasst. Zum Abschluss seiner Kassiere würde er sich sehr über einen Wahlerfolg freuen.

Der Parteitag wählt Angelika Neuhaus und Matthias Burkhalter **einstimmig** und mit Applaus.

Ursula Marti weist auf **Elisabeth Striffeler** hin, die als neue Fraktionspräsidentin zum ersten Mal vorne sitzt. Sie freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit ihr.

Auch **Margrit Junker Burkhard** ist nun anwesend und richtet ein paar kurze Worte an den Parteitag. Von ihrer Wahl hat sie per WhatsApp erfahren. Es tut ihr leid, dass sie nicht selber dabei sein konnte. Sie sorgt aber dafür, dass sie zukünftig alle Termine einhalten kann!

Alle Kandidierenden erhalten eine Rose und werden verdankt.

6 ABSTIMMUNGSPAROLEN FÜR DEN 21.05.2017

6.1 Verkehrssanierung Aarwangen-Langenthal Nord

Reto Müller, Grossrat und Stadtpräsident von Langenthal, steht für die JA-Parole ein:

Vor ein paar Monaten wurde er am Parteitag sehr als neuer Stapi gelobt. Reto dankt für die Vorschusslorbeeren. Er ist froh, auch im bürgerlichen Umfeld Langenthals die SP zu repräsentieren. Heute werden die Anwesenden etwas weniger Freude an ihm haben, als am letzten Parteitag.

Es geht um die neue Strasse im Oberaargau. Mittlerweile steht Reto hinter der Strasse. Er erklärt nun seinen Meinungswechsel: Die bestehenden Probleme können im bestehenden Strassennetz nicht ohne Murks gelöst werden. Die Medien haben einen „Strassenkampf“ erwähnt – den gibt es: Autos, Lastwagen, Velos, Fussgängerinnen und Kinder auf dem Schulweg zwingen sich durch Aarwangen. Es gibt nur schmale Trottoirs und keinen Veloweg.

Der Grosse Rat hat sich sehr deutlich für die neue Umfahrungsstrasse entschieden. Es ist die nachhaltigste Lösung für Mensch und Wirtschaft – für die Umwelt ist es fraglich. Alle anderen Optionen sind aber nun verworfen. Reto ist VCS-Mitglied. Die Strasse bringt einen heiklen Eingriff in Flora und Fauna mit sich. Das Smaragdgebiet besteht aber nicht nur aus dem tangierten Streifen: 19 Gemeinden in vier Kantonen bilden das Smaragdgebiet. Langenthal selbst ist mitten in diesem Smaragdgebiet gelegen, also rundum umgeben von geschützter Landschaft. Aus diesem Grund sieht das Projekt der Umfahrungsstrasse auch einen Ersatz sowie einen sinnvollen und schonenden Umgang mit den Ressourcen vor.

Beim Projekt handelt es sich um eine Minimalstrasse: Es gibt keinen Veloweg, keine Gehwege – es ist also klar keine Luxusstrasse. Dies dient dem Zweck, möglichst wenig Land zu verbrauchen: 2,7 Hektaren Fruchtfolgefläche und 1 Hektare Wald werden für die 4 km neue Strasse, die Brücke und den Tunnel überbaut.

Bei der Umfahrung im Emmental, bei der kein Referendum ergriffen wurde, sollen 4,4 Hektaren überbaut werden, bei der bereits gebauten Umfahrung in Worb noch mehr. Beim Viererfeld in Bern, 12,5 Hektaren Fruchtfolgefläche überbaut – und wir finden das super!

Mit der Autobahn von Niederbipp bis Langenthal werden 14 km Weg eingespart – das summiert sich auf 10'000 km weniger gefahrene Strecke pro Tag. Trotzdem haben die Grünen und der VCS nur im Oberaargau das Referendum ergriffen, sonst wird überall gebaut.

Die geplante Strasse ist gut durchdacht und gibt neue wirtschaftliche Impulse sowie eine neue Erschliessung für den öffentlichen Verkehr. FussgängerInnen und Velos erhalten mehr Räume und Sicherheit. Man muss aufhören, ÖV und MIV gegeneinander auszuspielen. Reto setzt sich im Grossen Rat für das Tram Region Bern ein – es braucht verschiedene Lösungen in allen Regionen,

auch in Bern, Muri etc. Jetzt braucht das Oberaargau die Unterstützung der SP Kanton Bern. Bei der Mitwirkung gingen 1300 Eingaben ein. 83% davon waren für die Strasse, 14% für die Variante Null Plus, 3% für keines von beidem. Die bisherigen Resultate in den SP-Gremien: die Grossratsfraktion sprach sich mit 18 JA zu 11 NEIN bei 2 Enthaltungen und 5 Abwesenheiten dafür aus. Die SP Region Oberaarau hat das Thema lange diskutiert, auch mit dem Referendumskomitee. Am Schluss hat man sich mit 15 JA zu 12 NEIN und 2 Enthaltungen für die Strasse ausgesprochen –auch die Sektionen im Regionalverband sind unter diesen Personen vertreten.

Die GL sagt Nein. Bei diesem Beschluss waren aber die Regierungsmitglieder nicht anwesend. Diese sind nämlich, genau wie viele SP-Exponenten und -Exponentinnen für die Vorlage. Es wäre vielleicht angebrachter gewesen, wenn die GL die Stimmfreigabe beantragt hätte.

Wer Ja sagt, spricht sich für mehr Schulwegsicherheit, mehr Arbeitsplätze im Oberaargau und im Kanton Bern sowie für mehr Sicherheit und mehr Lebensqualität aus.

Roland Näf, Grossrat aus Muri, vertritt die NEIN-Parole:

Die Zeitungen haben getitelt „Strassenkampf in der SP“. Einen Strassenkampf gibt es nicht in der SP. Aber bei der Umfahrungsstrasse Aarwangen-Langenthal Nord handelt es sich um ein Thema, bei dem unterschiedliche Meinungen möglich sind. Auch in der Region sind die Stimmen nicht einheitlich, das Projekt ist auch im Oberaargau umstritten. Der Kreisoberingenieur, ein Spezialist also, der sich beruflich und sachlich mit allen Varianten zum Thema auseinandergesetzt hat, fand beide Lösungen in Ordnung, Der Grosse Rat hat anschliessend eine der beiden ausgewählt – es sind aber immer noch beide Lösungsvorschläge vorhanden. Die Vorteile der Umfahrungsstrasse sind die höhere Geschwindigkeit, die Entlastung der Strasse in Aarwangen und die Sicherheit. Die Umfahrungsstrasse dient somit vor allem wirtschaftlicher Nutzung. Die Variante Null Plus ist günstiger und umweltneutral.

Warum steht Roland also auf der Nein-Seite?

Umweltgründe: Die Strasse ist ein Kulturlandverschleiss. Bei der Suche nach Wohnraum müssen wir hart kämpfen, um eine Matte und ein Feld überbauen zu können – so geschehen beim Viererfeld in Bern. Für die Umfahrungsstrasse soll nun einfach viel Land verbaut werden. Klar hat man Ersatzmassnahmen versprochen, dennoch geht die Strasse quer durch ein Umweltschutzgebiet – dafür gibt es keinen Ersatz.

Politische Gründe: Die GLP wird heute ebenfalls die Parole fassen. Roland fragt sich, wie es ankäme, wenn uns die GLP links überholt.

Ein Ziel der SP Kanton Bern ist, dass der Motorisierte Individualverkehr nicht zunehmen soll. Das Ziel der Strasse ist aber genau die Vermeidung von Staus und Engpässen, also eine klar wirtschaftspolitischen Argumentation. Klar muss Reto diese als Stadtpräsident von Langenthal vertreten. Aber was bedeutet es, wenn es eine Kapazitätserhöhung gibt? Wenn es schneller geht, ist es oft einfacher, das Auto zu nehmen statt des ÖV und des Velos. So ist es immer bei Kapazitätserhöhungen.

Aus Sicherheitsüberlegungen wurde Null Plus als genauso gut eingeschätzt wie die Umfahrungsstrasse. Der Verkehr in Aarwangen wird mit beiden Projekten nicht massiv abnehmen, da vieles davon hausgemacht ist. Der Verkehr zwischen Herzogenbuchsee und Langenthal ist dichter als in Aarwangen. In Thunstetten haben sie heute gleich viel Verkehr wie in Aarwangen. Nach dem Bau der Umfahrungsstrasse hätten sie dort noch mehr Autos. Die Sicherheit von Fahrradfahrenden, die von Befürwortern der Strasse oft genannt wird, ist ebenfalls kein Thema: sogar Pro Velo Oberaargau hat sich klar für die Variante Null Plus ausgesprochen.

Und zuletzt die Kosten: Uns stehen massive Abbaumassnahmen in der Bildung bevor, in der Palliativmedizin wurde bereits stark gekürzt und dabei geht es nicht um 100 Millionen, wie die Strasse kosten würde, sondern um kleine Beträge. Wir sparen also 100 Millionen bei den Schulkindern, machen gleichzeitig locker 100 Millionen locker für eine Strasse. Gleichzeitig sagt

man uns, dass bei Pflege und Bildung gespart werden muss. Immer wieder wird auch die Angst vor Nein-Stimmen beim Tram Region Bern geschürt, weshalb man jetzt besser Ja stimmen solle. Solche Deals sind nicht notwendig.

Es sind bereits mehrere Wortmeldungen eingegangen. Ursula Marti schliesst nun die RednerInnenliste.

Luc Mentha, Köniz

Das Thema Umfahrungsstrasse Aarwangen-Langenthal Nord wird zur Zerreissspartie für unsere Partei, nicht eine fundamentale, aber immerhin. Luc selbst hat als Grossrat lange mit sich gerungen. Als ehemaliger Gemeindepräsident von Köniz hat er sich vehement gegen die dortige Umfahrung gewehrt. Im Grossen Rat hat er aber Verständnis für die Fraktionsmehrheit, die die Ja-Parole beschloss: Manchmal sind wir eben trotz aller Förderung des ÖV und des Langsamverkehrs am Ende des Lateins. Dies ist der Fall, wenn die Wohnqualität für die Bevölkerung, die an der Strasse wohnt, zur Unzumutbarkeit tendiert. Der Berner Autobahnzubringer Neufeld ist ein Beispiel dafür. Zusammen mit flankierenden Massnahmen hat er im Quartier zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität geführt.

Reto und Luc sind sich einig: eine Lösung Null Plus ist möglich, wenn es viel Platz hat, in Aarwangen ist dies nicht der Fall. Wir müssen zusammenarbeiten, nicht gegeneinander: im Mai kommt die Abstimmung über das Referendum, im Juni entscheiden wir über ein ÖV-Projekt, das Tram Ostermundigen. Darum müssen wir zusammenstehen, miteinander und nicht gegeneinander. Luc befürchtet heute eine knappe Nein-Parole und empfiehlt deshalb die Stimmfreigabe. Wir sollten die Empfehlung des Oberaargau zum Massstab erklären, damit die Betroffenen das Sagen haben. Darum plädiert er für die Stimmfreigabe.

Vor den weiteren Wortmeldungen wird das Abstimmungsprozedere erklärt: Zuerst wird über die JA- gegen die NEIN-Parole abgestimmt. Die obsiegende Variante wird der Stimmfreigabe gegenübergestellt.

Robert Brechbühl, SP Langenthal

Bisher kamen aus dem Oberaargau andere Stimmen als seine. Es gibt ein Problem, Aarwangen ist vom Verkehr stark belastet, genau gleich wie Bützberg. Dort fahren genau gleich viele Autos und LKW Lastwagendort auf der Achse Zürichstrasse-Herzogenbuchsee-Bützberg-Langenthal, während in Aarwangen Fahrzeuge auf der Achse Aarwangen-Langenthal unterwegs sind.

Kommt es zur Umfahrung, gehen in Zukunft die Achsen nicht mehr über Aarwangen, sondern alle über Bützberg.

Heute ist der ÖV von Langenthal nach Aarwangen kein Problem, da der Zug immer Vortritt hat. Auf der Strecke Langenthal-Bützberg ist die Situation anders: Dort verkehrender Bus hat oftmals so grosse Probleme durchzukommen, dass er oft ausfällt. Wird dort noch mehr Verkehr generiert, steht zukünftig alles still. Diverse Kreisel sind schon heute mit dem Verkehr überfordert, mit noch mehr Autos geht gar nichts mehr. Die einzig echte Lösung wäre zu teuer: zusätzlich zur Umfahrung bräuchte dort, wo heute die Zürich-Bern-Strasse einmündet einen Tunnel, der Langenthal und Lotzwil umfährt. Diese Lösung gibt es aber nicht. Wenn wir die Umfahrung bauen, vergrössern wir die Problematik und lösen nichts.

In Bützberg ist vor allem eine Person für diese Umfahrung: Herr Trösch. Seine Glas Trösch hat im Elsass und in Bützberg je ein Werk. Seine LKW müssen heute durch Aarwangen fahren, Bützberg wäre für ihn praktischer weil näher. Damit würde er fast als einziger von der Strasse profitieren. Er will die Verkehrssituation optimieren, wie er schon die Steuern optimiert. Er ist dafür nämlich extra von Bützberg ins Luzernische gezogen. So spart man sich also Steuern und Probleme.

Robert ist als Mitglied der SP Langenthal zusammen mit vielen anderen gegen die Umfahrung.

Stephan Häring, SP Thunstetten-Bützberg

Es gibt ein Problem mit dem Verkehr im Oberaargau, egal ob mit oder ohne Umfahrungsstrasse. Stephan vertritt die Sicht von Bützberg: Die Umfahrung verschiebt das Problem von Aarwangen nach Bützberg. Dort gibt es heute schon gleichviel Verkehr wie Aarwangen. Neu soll dort auch noch die Umfahrung mit 1300 neuen Fahrzeugen täglich enden, ein Teil davon wird auch durch das Dorf fahren, diejenigen nämlich, die nach Herzogenbuchsee oder Bleienbach fahren und natürlich gibt es den Umverkehr durch andere Dorfteile, die das ganze Dorf belasten. Damit wird also das Problem einfach verschoben und nichts gewonnen.

Von Seiten der Wirtschaft heisst es, die Strasse fördere die Wirtschaft. Aber die Schweiz ist gut erschlossen mit Strassen, anders als der Oberaargau. Dennoch hat der Oberaargau im Schweizervergleich einen grossen Industrieanteil. Damit haben die schlechten Strassen also die Wirtschaft gestützt. Zudem ist bekannt, dass neue Strassen in wenig besiedelten Gebieten zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen. Von Bern ausgesehen ist es eigentlich egal, ob das Verkehrsproblem in Aarwangen oder in Bützberg ist. Können die Anwesenden es verantworten, dass Steuergelder für die Verlagerung des Verkehrs eingesetzt werden, dass wertvolles Kulturland zerstört wird, dass das Smaragdgebiet zerstört wird? Denn, auch wenn das Gebiet 19 Gemeinden umschliesst: Die Laichgebiete der bedrohten Gelbbauchunke befinden sich nur dort.

Hans Kaspar Schiesser, SP Herzogenbuchsee

Eigentlich ist das hier ein spannendes Experiment zur Frage „Hat der Mensch Vernunft?“. Alle sind sich einig, dass es zu viel motorisierten Individualverkehr gibt. Das Projekt wird aber mehr Verkehr schaffen. Denn wir wollen zwar weniger, schaffen aber mehr Verkehr.

Es stimmt, In Aarwangen gibt es zur Hauptverkehrszeit; merkwürdig viele LKW. Diese nutzen Aarwangen für Schleichwege via Langenthal ins Luzernische. Was passiert mit dem Bau Schnellstrasse? Es gibt mehr Schleichwegverkehr, natürlich auch durch Langenthal. Aarwangen muss man lösen, Hans Kaspar setzt sich seit 25 Jahren für die Lösung dieses Problems ein. Diese wird immer teuer sein, Null plus kostet beispielsweise 50 Millionen. Aber das Oberaargau wollte immer diese Schnellstrasse, die eigentlich eine Wirtschaftsstrasse ist. Die Bürgerlichen wollen nicht Aarwangen entlasten, sondern eine neue Strasse. Einige wollen auch einfach das Geld vom Kanton. Aarwangen braucht eine clevere Ortsumfahrung. Null plus ist da und wird sicher noch optimiert, wenn die Umfahrungsstrasse abgelehnt ist.

Wer sich für FussgängerInnen und Velos einsetzt, ist gegen diese Strasse. Gemäss Experten sind die beiden Projekte was Ökologie und Verkehrsfluss angeht, ebenbürtige oder Null plus ist überlegen. Nun stellt sich die Frage: Wollen wir die ebenbürtige Lösung für 50 oder 100 Millionen? Hans Kaspar hofft auf die grünen Stimmkarten für eine grüne Entscheidung.

Sofia Fisch, JUSO Oberaargau

Wer kennt SP-Grundsätze zur politischen Ökologie im Parteiprogramm der SP Kanton Bern? Genau wie die anderen im Saal kannte sie sie bis vor kurzem auch nicht. Bei der Recherche zum Thema hat sie zwei gefunden, die sie nun vorträgt: „Die Mobilität in Einklang mit der Umwelt gestalten“ und „Unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten“.

Die geplante Umfahrungsstrasse führt durch das Smaragdgebiet mit geschützten Arten. So ist die Gelbbauchunke stark gefährdet. Die Umfahrungsstrasse zerstört weiteren seltenen Lebensraum. Zudem führen neue Strassen zu mehr Zersiedelung. Damit würde auch die Landschaft allgemein zerstört.

Wenn wir dieses Projekt unterstützen, verstossen wir gegen unsere eigenen Grundsätze. Nicht nur ökologisch ist sie nicht vertretbar. Auch der Nutzen ist fraglich. Gemäss ExpertInnen hat sie den gleichen Nutzen wie Null plus – wieso sollte man also den grösseren Betrag ausgeben? Andere Ortschaften zeigen, dass es kostengünstigere und nachhaltigere Lösungen gibt, Beispiele dafür

sind Köniz und Zollikofen. Der Autobahnzubringer im Oberaargau ist keine gute Alternative und für die SP nicht vertretbar. Sofia bittet die Anwesenden, den Projektierungskredit nicht zu unterstützen

Adrian Wüthrich, SP RV Oberaargau

Als Präsident des Regionalverbandes Oberaargau muss er ja auch noch etwas sagen. Der RV tut sich seit Jahren schwer mit dieser Thematik. Adrian selbst hat lange dagegen gekämpft, war im Jugendparlament 1998 einer der einzigen, der dagegen war. Im Grossen Rat hat er gemerkt, dass es nicht darum geht, ob wir für 136 Millionen weniger Strassen bauen. Die werden eh ausgegeben. Hier handelt es sich einfach um eine Abstimmung über konkretes Projekt; ein Nein führt nicht zu weniger Strassen. Adrian vertritt unsere Verkehrspolitik, er ist für mehr ÖV, Fahrräder und weniger Autos etc. Aber es hat sich einiges verändert: So bringt der Ausbau der A1 auf 6 Spuren mehr Verkehr in die Region: Die LKW nahmen um 12% zu. Wir können uns um die Wirtschaftskapitäne im Oberaargau füttern – aber wir setzen uns auch für Arbeitsplätze ein. Als Präsident von Travail Suisse kennt er die Situation: Im Oberaargau sind 39% der Arbeitsplätze in der Industrie, im Kanton Bern sind es 25%. Diese Arbeitsplätze sind aufgrund des Frankenschocks gefährdet. Wir brauchen gute Infrastrukturen, dafür setzen wir uns ein.

Die Vorlage steht klar in einem Zielkonflikt mit anderen Aspekten. Aber die Ausgangslage der Finanzierung hat sich verändert: Die Bürgerlichen wollen den Investitionsspitzenfonds auflösen. Darum wird das Geld nicht in die Bildung oder andere Projekte fliessen.

Das Projekt wurde schon von der früheren rot-grünen Regierung gepusht. Adrian ist denn auch überrascht, dass Barbara Egger-Jenzer nicht eingeladen wurde, um sich zu äussern. Er bittet um die JA-Parole.

Ursula Marti dankt Adrian Wüthrich für seine Ausführungen und berichtigt: Barbara Egger-Jenzer wurde eingeladen, ihre Haltung zur Vorlage vorzutragen.

Antrag **Therese Müller**, Bern-Nord: alternative Abstimmungsprozedere:

Zuerst soll über die Stimmfreigabe abgestimmt werden. Falls sie verworfen wird, kommt es zur Abstimmung JA- gegen NEIN-Parole.

Der Parteitag stimmt über das Wohlprozedere ab:

1. Variante: JA- gegen NEIN-Parole, die obsiegende Variante gegen die Stimmfreigabe
2. Variante: Beschluss über die Stimmfreigabe. Wird diese verworfen, kommt es zu einer Abstimmung JA- gegen NEIN-Parole.

Der Parteitag beschliesst bei grosser Mehrheit die erste Variante.

Die GL beantragt die NEIN-Parole und schliesst sich inhaltlich den bisherigen Voten an.

Abstimmung JA- gegen NEIN-Parole: JA: 34 - NEIN: 95 - Enthaltungen: 11

Abstimmung NEIN-Parole gegen Stimmfreigabe: NEIN: 85 - Stimmfreigabe: 52 - Enthaltungen: 1

Damit hat der Parteitag die NEIN-Parole beschlossen.

6.2 Ausrichtung der Asylsozialhilfe

Regina Fuhrer-Wyss stellt den Asylsozialhilfekredit vor. Sie ist froh und geht davon aus, dass es nicht zu so grossen Diskussionen und Spaltungen kommen wird, wie bei der vorherigen Vorlage.

Im September 2016 hat der Grosse Rat den Asylsozialhilfekredit 2016-19 diskutiert und verabschiedet. Es wurden 105 Millionen Franken für diese vier Jahre zusammen gesprochen, der Grosse Rat hat das Geschäft angenommen. Die SVP hat daraufhin das Referendum ergriffen, weshalb wir nun darüber abstimmen.

Der Bund weist den Kantonen prozentual zu ihrer Bevölkerung Asylbewerbende zu. Der Kanton Bern betreut etwa XYZ Asylsuchende pro Jahr. Pro asylsuchende Person bezahlt der Bund eine Pauschale von 36.50 CHF am Tag. Dieser Betrag reicht für den Aufwand der Kantone nicht aus. Gerade die Sicherheit, die Sonderunterbringungen sowie die Betreuung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) kosten mehr, als der Bund zur Verfügung stellt. Kinder und Jugendliche, die ohne Verwandte in die Schweiz geflüchtet sind, müssen separat betreut und begleitet werden – so will es die Kinderkonvention: Im Kanton werden sie automatisch bevormundet. Der Kredit garantiert also die richtige Betreuung. Die meisten UMA werden in der Schweiz bleiben; zum Glück haben sie deshalb diesen hohen Schutzfaktor, es ist nämlich wichtig, dass sie gut betreut und begleitet werden – dies ist für eine gelingende Integration unerlässlich. UMA können sich so auf ein Leben in der Schweiz einstellen. Zudem zahlt sich die Unterstützung bei der Integration später aus. Eine frühzeitige Integration erhöht nämlich die Möglichkeiten und Chancen der Kinder, ein selbständiges und eigenständiges Leben zu führen. Das ist im Interesse der Betroffenen und der Gesellschaft - und es spart Kosten für den Kanton.

Was passiert, wenn der Kredit abgelehnt wird? Die UMA könnten nicht mehr ihrem Alter und ihrer Schutzbedürftigkeit entsprechend betreut werden, bei den Integrationsmassnahmen würde massiv gestrichen. Es ist aber ein Irrglauben der SVP, dass die Kosten bei einer Ablehnung des Kredits einfach wegfielen. Sie würden vielmehr bei der KESB anfallen.

Die Karten zum Thema liegen auf, Regina bittet darum, dass sich die Anwesenden für die UMA einsetzen und dankt dafür.

Antrag GL: Die GL beantragt dem Parteitag die JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole

6.3 Energiestrategie 2050

Evi Allemann macht eine Art Follow Up zum letzten Parteitag. Mit dem Atomausstieg hat es ja an der Urne leider nicht geklappt, aber die Energiestrategie 2050 ist der nächste Schritt für einen geordneten Ausstieg. Da wir im Verzug sind, hält sich Evi bewusst kurz.

Die Strategie umfasst Massnahmen für mehr Energieeffizienz für Gebäude, Vorgaben für die Industrie (Details können auf der UVEK-Website nachgeschlagen werden), sowie den Ausbau Erneuerbaren, vor allem die Wasserkraft. Zudem sieht sie einen Bewilligungsstopp für neue AKW vor. Aus all diesen Gründen empfiehlt Evi die JA-Parole.

Antrag GL: Die GL beantragt dem Parteitag die JA-Parole.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst die JA-Parole einstimmig.

7 POSITIONSPAPIER ASYL

Ursula Zybach leitet das Thema ein: Der Parteitag vom 11. Juni 2016 hat das damals vorliegende Asyldokument zur Überarbeitung zurückgewiesen. Anschliessend wurde eine neue AG gegründet, die vom Sekretariat unterstützt wurde. Diese AG hat nun das Positionspapier zur Asyldpolitik überarbeitet.

Antrag Katharina Altas, SP Bern-Nord:

Teil II 5. Geschlechtsspezifische Aspekte im Asylverfahren, Seite 9, neue Forderung an zweiter Stelle:

„Geflüchtete, die Gewalt erlebt haben und traumatisiert sind (Kinder, Frauen oder Männer), sollen schon während des Asylverfahrens die Möglichkeit erhalten, eine Traumatherapie zu machen.“

Katharina Altas dankt für das Positionspapier, es ist gut und wichtig. Beim Durchlesen ist ihr aufgefallen, dass im Kapitel 5 „Geschlechtsspezifische Aspekte im Asylverfahren“ nur Frauen erwähnt sind. Aber auch Männer und Kinder werden durch die Flucht traumatisiert. Deshalb stellt sie den Antrag auf eine neue Forderung:

Heute Abend wurde ein weiterer Antrag eingereicht:

Antrag Christian Boesch, SP Bern-Nord

Teil III 1. Resettlement und Relocation, Seite 18, neue Forderung:

„Der Bundesrat wird aufgefordert, so schnell wie möglich zusätzlich 40'000 Personen aufzunehmen.“

Die Weltbevölkerung beträgt umfasst rund 8 Milliarden Menschen, Jordanien, Libyen und der Libanon haben jeweils mehr als jeweils mehr als eine Million Geflüchtete aufgenommen.

Man kann einen internationalen Vergleich darüber machen, wie viele Geflüchtete ein Land pro Dollar BIP aufgenommen hat: Demokratische Republik Kongo 471, Äthiopien 453, Pakistan 317, Uganda 233, Kenia 180, Tschad 170, Südsudan 137, Afghanistan 134, Niger 130, Türkei 126. In der Schweiz sind es 1,1 Geflüchtete pro Dollar BIP.

Die Schweiz ist eines der reichsten Länder weltweit und profitiert auch von der Migration. Wir verursachen Flüchtende mit, sind nämlich der achtgrösste Waffenexporteur weltweit. Waffen zwingen Menschen auch zur Flucht. Das bürgerliche Parlament unterstützt dieses Vorgehen.

Das Positionspapier zur Asylpolitik ist gut, Christian dankt der AG für die Arbeit. Zeigen wir nun Mut, fordern wir den Bundesrat auf, weitere 40'000 Flüchtende aufzunehmen – wir können es uns leisten!

Halua Pinto de Magalhães wird das Positionspapier zur Asylpolitik vorstellen, Ursula Zybach dankt herzlich für die grosse geleistete Arbeit.

Halua bildet zusammen mit Franz-Dominik Imhof das Co-Präsidium der AG Asyl. Den Namen der AG haben sie sich nicht ausgesucht, sie haben ihn von der vorherigen AG übernommen.

Die neue AG wurde im September 2016 ins Leben gerufen, um die Forderungen vom Parteitag vom 11. Juni 2016 umzusetzen. Der Auftrag war, innert kürzester Frist eine neue Fassung vorzulegen: Bis Anfang Jahr musste das Dokument bei den Parteigremien sein, damit es heute verabschiedet werden kann.

Die Auflagen des Juni-Parteitags umfassten die Überarbeitung problematischer Textpassagen, das Einordnen der Asylthematik in den Kontext globale Migration sowie die Umformulierung der Einleitung zur Vision. Insgesamt sollte der öffentliche Diskurs durchbrochen und ein Gegenarrativ dazu geschaffen werden. Entsprechend ist auch der neue Titel kennzeichnend: nicht mehr „Positionspapier Asyl“, sondern „Positionspapier zur Asylpolitik“. Denn es geht nicht um Problembewirtschaftung, sondern um die kollektive Aufgabe der Gemeinschaft.

Die AG hat alle 68 Anträge im Sinne der Auflagen bearbeitet, das Papier als solches hat sie in weiten Teilen übernommen. Das war dank der grossen Arbeit der ersten AG möglich, die eine ausführliche Bestandsaufnahme vorgenommen hatte.

Nichtsdestotrotz kam es bei der Überarbeitung zu einer sprachliche Umkehrung: weg vom Prinzip „fördern und fordern“ hin zur Kritik an rassistischen Strukturen und der Einforderung kultureller Teilhabe aller. Es geht darum, Flüchtenden zu helfen, eine langfristige Perspektive in der Schweiz aufzubauen - dafür ist ein öffentliches Bewusstsein nötig. Zu diesem Zweck müssen auch historische und weltweite Ursachen der Migrationsbewegungen anerkannt werden, wie auch die Tatsache, dass unsere Kapitalismusformen unseren Wohlstand fördern, den globalen Süden aber versenken. Aus diesen Überlegungen heraus kam es zu verschiedenen Änderungen:

So wurden in Kapitel 2 unter Absatz 1.4 und 1.5 neu die Aspekte Zivilgesellschaft und Freiwilligenarbeit hervorgehoben. An einer anderen Stelle wurde das neue übergeordnete Asylgesetz berücksichtigt.

Ein Überblick über die Situation alleine reicht nicht aus: In diversen Forderungen geht es deshalb um die Bekämpfung von Fluchtursachen, sicheres Asyl und sichere Fluchtrouten. Leider wurde die Forderung nach der Direktaufnahme von 40'000 zusätzlichen Geflüchteten gestrichen. Halua ist froh, dass der entsprechende Antrag heute noch einmal gestellt wurde.

Halua dankt den Mitgliedern der AG, vor allem den aktiven, dem Sekretariat vertreten durch David Stampfli und Regina Fuhrer-Wyss. Asylpolitik spielt sich auf den Ebenen über derjenigen des Kantons Bern ab. Das Positionspapier soll auch des Diskurses zur Asylpolitik in der Schweiz und international sein. Halua hofft, dass der Parteitag das Positionspapier zur Asylpolitik verabschiedet.

Wortmeldung **Franz-Dominik Imhof**, SP Biel Madretsch:

Er ist dankbar, dass Halua das Papier vorgestellt hat und auch dankbar für den Antrag von Christian Boesch. Letzterer entspricht dem Willen der AG Asyl. Die GL hat ihn gestrichen, weil sie befürchtet, man würde bei einer Beibehaltung nur über Zahlen diskutieren. Die AG findet aber genau das wichtig. Die Direktaufnahme begegnet dem rechten Diskurs von allen Aufnahmeformen am deutlichsten, weil nur Leute aufgenommen werden, die die formalen Anforderungen für Asyl erfüllen. Damit entfallen die Argumente der Rechten. Zudem ist die Forderung ein klares Zeichen dafür, dass wir Verantwortung übernehmen, und sie hat sofortige Auswirkungen für die Betroffenen. Politisch ist diese Forderung keinesfalls verzichtbar: Wir freuen uns alle darauf, mit den Bürgerlichen über die Direktaufnahme zu diskutieren.

Ursula Zybach meint, es gebe wenige Positionspapiere, die so oft hin und her gegangen sind. Die aktuelle Version ist diejenige, welche die GL letztlich verabschiedet hat. Sie dankt allen am Papier Beteiligten, insbesondere auch David Stampfli und Zora Schindler für ihre Arbeit.

Antrag 1, Katharina Altas, SP Bern-Nord:

Antrag GL: Die GL beantragt die JA-Parole

Abstimmung: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag 2, Christian Boesch, SP Bern-Nord

Antrag GL: Die GL beantragt die NEIN-Parole.

Abstimmung: Der Antrag wird mit 84 JA zu 12 NEIN bei 4 Enthaltungen angenommen.

Verabschiedung Positionspapier mit diesen Änderungen: Das Positionspapier wird mit 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen verabschiedet.

8 RESOLUTIONEN

Roberto Bernasconi stellt die Resolution des PSJB zur Moutier-Abstimmung vor. Es handelt sich bei der Abstimmung am 18. Juni zwar um eine Gemeindeabstimmung, sie ist aber wichtig für den gesamten Jura Bernois. Danach soll endlich Schluss sein mit der der Jura-Diskussion, denn am 18. Juni stimmt Moutier definitiv über seine Kantonszugehörigkeit ab.

Die SP Kanton Bern muss sich nicht zur eigentlichen Abstimmung äussern, sondern über die Resolution des PSJB. Die SP Kanton Bern ist die einzige Partei, die bei einem Übertritt Moutiers in den Kanton Jura direkt leiden wird, da wir dann den PSA verlieren. Für die ganze französischsprachige Region des Kantons ist es wichtig, dass Moutier als Zentrum mit vielen Arbeitsplätzen im Berner Jura im Kanton Bern bleibt. Darum bittet der PSJB die Kantonalpartei, diese symbolische Resolution anzunehmen, da das Thema für den gesamten Kanton wichtig ist.

Antrag GL: Die GL beantragt dem Parteitag die Annahme der Resolution.

Abstimmung: Der Parteitag nimmt die Resolution einstimmig bei 7 Enthaltungen an.

9 VERSCHIEDENES

- Auf der Website der SP Schweiz gibt es eine Dienstleistung für Einbürgerungen. Personen, die sich einbürgern lassen wollen, finden dort Unterstützung.
- Auf den Tischen liegen Unterschriftenbögen für die Transparenz-Initiative. Es fehlen noch viele Unterschriften. Darum bitte unbedingt sammeln, selber unterschreiben, die Bögen mitnehmen und Verteilen, damit wir die Unterschriften zusammenbekommen.
- Am 6. Juni 2017 gibt es auf dem Rathausplatz eine Kundgebung zum Thema Stopp Sozialabbau. Flyer zum Thema liegen draussen auf dem Tisch auf.

SCHLUSS DES PARTEITAGES

Ursula Zybach leitet das Ende eines langen und mehrheitlich freudigen Parteitags ein. Christoph Amman hat sich zurückerinnert an die Wahlen und seine Sorgen und Zuversicht mit uns geteilt. Der unscheinbare Langsamstarter fühlt sich wie ein „poisson dans l'eau“, das ist keine Floskel, das passt.

Wir haben Abstimmungsparolen gefasst, das sah zuerst aus wie ein Murks mit engem Strassenraum und schleichendem Verkehr. Es sah so aus, als ginge es nie zu Ende. Aber danach ging es rassistischer mit den weiteren Parolen.

Auch beim Asylthema gab es keine weiteren Diskussionen, nur zwei Anträge. Damit haben wir das Positionspapier schlank durchgebracht, auch wenn der Parteitag der GL nicht in beiden Fällen gefolgt ist.

Es gäbe noch viele Bonmots, viele Details aber es ist spät und deshalb schliessen wir hier mit dem Wissen, dass wir uns am 26 August in Bätterkinden treffen. Ursula wünscht allen einen schönen Frühling und Sommer.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags: 22.00 Uhr

Für das Protokoll


Zora Schindler

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle
- Resolutionen